AgEcon SEARCH
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search
http://ageconsearch.umn.edu
aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

SCHRIFTEN DER GESELLSCHAFT FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN DES LANDBAUES E.V.

Schlotter, H.-G.: Generaldiskussion. In: Schlotter, H.-G.: Die Willensbildung in der Agrarpolitik. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Band 8, Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag (1971), S. 437-442.

GENERALDISKUSSION 1)

H.-G. Schlotter, Göttingen:

Die Generaldiskussion hat die Aufgabe, das Wesentliche der Spezialdiskussionen in einer Zusammenfassung zu bringen und die Verbindungslinien zwischen den in den Spezialdiskussionen angeschnittenen Problemen herzustellen, kurz: die Grundprobleme herauszuarbeiten. Ich möchte die Generaldiskussion nicht einengen, aber folgende Gegenstände als diskussionswert empfehlen:

1. Die Tagung hat deutlich gemacht, daß in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus die Agrarpolitologie eine größere Bedeutung als bisher haben muß. Das stellt sofort die Frage nach dem Selbstverständnis in diesem wissenschaftlichen Bereich. Versteht sich die Agrarpolitologie vorwiegend soziotechnisch als eine Instrumentenanalyse im Interesse einer Ordnungspolitik, oder will die Agrarpolitologie hauptsächlich eine emanzipatorische Funktion wahrnehmen, oder wie versteht sie sich sonst?

2. Wenn man die Hauptaufgaben geklärt hat, ergeben sich daraus die Forschungsschwerpunkte. Die Referate und Spezialdiskussionen haben gezeigt, wo Forschungslücken bestehen. Lassen sich die daraus resultierenden Forschungsaufgaben zusammenfassen zu größeren Projekten im Interesse von Lösungen der noch zu klärenden Hauptaufgaben? Das führt u.a. zu einer sehr praktischen Frage: Die Zahl der Sozialwissenschaftler im engeren Sinne in unserer Gesellschaft ist gering. Ergibt sich daraus nicht besonders dringlich die Notwendigkeit einer Koordination oder gar Kooperation? Wie ließe sich der Kontakt am besten gestalten?

3. Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus sind selbst Träger der praktischen Agrarpolitik, und wir haben darüber diskutiert, wie diese Wissenschaften sich im Prozeß der agrarpolitischen Willensbildung stärker zur Geltung bringen können. Wir haben das Problem nur auf einer Ebene, der gouvernementalen, behandelt. Aber die Agrarwissenschaft als ein Träger der agrarpolitischen Willensbildung ist ein solcher im intermediären Bereich; und wir haben wenig oder gar nicht darüber gesprochen, wie sich die Agrarwissenschaft auf dieser zweiten Ebene betätigen soll, z.B. im Verhältnis zum Bauernverband. Dieselbe Frage stellt sich schließlich im Blick auf die dritte Ebene, auf das sogenannte Basissystem, d.h. die öffentliche Meinung. Das sind Fragen, die den Agrarwissenschaftler interessieren, wenn er sich die Frage vorlegt, wie kann die Agrarwissenschaft im Konzert der agrarpolitischen Willensbildung zur Geltung kommen? Das schließt die Erörterung der Rolle der Öffentlichkeit und der Verbraucherschaft ein.

J. Ziche, Weihenstephan:

Es wurde gefragt, wie wir die Agrarpolitologie betreiben wollen. Ich möchte sagen, wir sollten die Agrarpolitologie als eine Abkehr von der bisher überwiegend ökonomischen Betrachtungsweise in der Lehre

---

1) Nach Tonbandaufzeichnungen zusammengestellt von dem Leiter der Generaldiskussion, Prof. Dr. H.-G. Schlotter, Göttingen

von der Agrarpolitik verstehen und uns zu einer stärker politologisch-soziologisch ausgerichteten Betrachtung hinwenden. Wir sollten die Agrarpolitologie vorwiegend für die Entwicklungsländer betreiben, denn in vielen dieser Länder treffen im Augenblick zwei gegensätzliche Agrarideologien aufeinander, nämlich die sozialistische und die kapitalistische. Viele dieser Länder sind dabei, einen autonomen dritten Weg zu beschreiten, und vielleicht ist es unsere Aufgabe, ihnen dabei zu helfen.

M. Besch, Gießen:

Zu den Hauptaufgaben einer Agrarpolitologie möchte ich aufgrund der bei der Vorbereitung des Referats gewonnenen Erfahrung sagen, daß empirische Forschung verstärkt werden muß. Wenn wir empirische Forschung betreiben, dann muß das nach Popper so geschehen, daß wir eine permanente Hypothesenüberprüfung am empirischen Material vornehmen. Das führt uns zu dem Schlußwort von Herrn Timmermann. Er hat u.a. gesagt, bei der Hypothesenprüfung müsse die Bedingung bestehen, daß die Sprache frei von normativen Elementen sei. Das war das erste. Zweitens sei die Objektivität des einzelnen Wissenschaftlers nicht gegeben. Ich sehe das nicht so. Ich meine, die These, daß Hypothesen anhand von empirischem Material überprüft werden müssen, ist aus der Naturwissenschaft entlehnt. Hier stellt man fest, daß dieses oder jenes sich so und nicht anders verhält. Wenn wir dieses Vorgehen in die Sozialwissenschaften übernehmen, dann ist m.E. die Frage nach der Person, nach der Subjektivität des Forschers ausgeklammert. Es wird festgestellt, ob sich ein Fall so oder so verhält, wobei wir allerdings einschränkend bemerken müssen, daß wir in der Sozialwissenschaft aufgrund des stochastischen Elements unserer Massen nur zu Wahrscheinlichkeitsaussagen kommen.

H. Niehaus, Bonn:

Meine Frage ist: Inwiefern kann die Wissenschaft zur politischen Willensbildung beitragen? Meine Antwort ist: Wie groß auch unser Optimismus sein mag, daß die Wissenschaft zur Rationalisierung der Politik ihren Beitrag leisten kann, so bleibt doch ein grundlegender Unterschied, der niemals zu überbrücken sein wird. Die Wissenschaft geht nach der Logik der Zusammenhänge vor, sie ist bemüht, ein geschlossenes, widerspruchsloses System zu entwickeln. Aber die Politik hat die Aufgabe, das Gleichgewicht der Macht aufrechtzuerhalten. Meistens vollzieht sich die Politik nach dem Prinzip der wechselseitigen Erpressung. Das können wir sehr schwer in ein logisches wissenschaftliches System hineinbringen. Infolgedessen müssen wir hier bescheiden sein. Da immer mehr Politiker auch wissenschaftlich gebildet sind und unsere Schüler sowohl in den Ministerien und Verbänden als auch in der Wissenschaft arbeiten, so haben wir nur die Möglichkeit, die sich ergebenden Kommunikationen zu nutzen. Aber diese verschiedenen Grundkategorien, nach denen in beiden Bereichen verfahren wird, können wir nicht aus der Welt schaffen.

R. Sachs, Berlin:

Ich erinnere mich an eine Tagung, deren Thema in die Frage gekleidet war: "Entwicklung von oben oder Entwicklung von unten?" Man könnte hier das Wort "Entwicklung" mit "Willensbildung" ersetzen. Ein Beispiel, das die so variierte Fragestellung verdeutlicht, wäre das des Bevölkerungswachstums. Der Wille zum Kind, zu vielen Kindern, führt

in den Entwicklungsländern zu einer vielgliedrigen Großfamilie, die als stabiles System der sozialen Sicherung noch funktioniert und erforderlich ist. Das ist der Wille von unten, wenn Sie so wollen. Der Wille von oben manifestiert sich in einer Reihe von Entwicklungsländern in einer Familienplanung, die dazu führt, die Zahl der Kinder und das Bevölkerungswachstum zu reduzieren, entsprechend der modernen Zielsetzung eines Wachstums des Pro-Kopf-Einkommens. Beide Ziele stoßen zusammen und führen zu den bekannten Konflikten. Dieses Beispiel verweist uns auf die Thematik dieser Tagung. Vielleicht haben wir das Zusammenstoßen, die Konflikte zwischen der Willensbildung von unten und der von oben, nicht deutlich genug gesehen.

P. v. Blanckenburg, Berlin:

Es beeindruckt mich immer wieder, wie stark sich die agrarökonomische Wissenschaft der Bundesrepublik mit den im eigenen Lande und den innerhalb der EWG bestehenden Problemen beschäftigt. Das zeigt sich deutlich an den Diskussionen, die wir in den letzten Tagen geführt haben, das zeigt sich an der Tatsache, daß von den sechzehn Referaten, die hier gehalten wurden, nur eins thematisch explizit über den EWG-Raum hinausreichte. Meine drastisch und in der Sprache der Ökonomik der Wissenschaft formulierte Frage ist: Kann in der derzeitigen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Situation dies als eine optimale Allokation der wissenschaftlichen Ressourcen bezeichnet werden? Ich meine nicht, daß jetzt eine schnelle Umstellung der Forschungsarbeit auf die weiteren internationalen Probleme angebracht oder möglich wäre. Aber wir müssen uns bemühen, die neuen, aus der weltweiten Dynamik resultierenden Dimensionen zu erfassen. Diese Dynamik ergibt sich aus der politischen Verselbständigung, aus dem Bevölkerungswachstum und aus der Übernahme des technischen Fortschrittes in den Entwicklungsregionen. Vor solchen Dimensionen gewinnen die Fragen, die hier im Hintergrund der meisten Erörterungen über die Willensbildung in der Agrarpolitik standen, etwa das Problem des Agrarprotektionismus, andere Aspekte, sei es auch nur den, daß man neue Vorstellungen über die Priorität der Zielvorstellung entwickelt. Ich denke da an die Forderungen der deutschen Bauern und an die Maximierung des Sozialproduktes in der Bundesrepublik einerseits, an die Notwendigkeiten weltweiter Regelungen andererseits. Aus den Erfahrungen des eigenen Lernprozesses kann ich versichern, daß eine stärkere Beschäftigung mit solchen Fragen zur Umstrukturierung des Denkens, auch zu neuen Fragestellungen führt. Breitere Hinwendung zu diesen Problemen würde also auch die agrarpolitische Willensbildung beeinflussen.

W. Wehland, Bonn:

Sozialwissenschaftliche Analyse in der Agrarpolitologie darf nicht in reine Ideologiekritik ohne Praxisbezug und ohne Darlegung der eigenen Zielvorstellungen verfallen. Aufgabe einer sozialwissenschaftlich verstandenen Agrarpolitologie müßte es sein, die Effektivität politischer Strukturen im Hinblick auf die vorgegebenen Zielfunktionen zu untersuchen. Diese Aufgabe ist kaum, wenn überhaupt, mit rein deskriptiven ex-post-Analysen politischer Entscheidungsprozesse zu lösen. Behavioristische, deskriptive Ansätze, die auch im Bereich der Agrarpolitik und vor allem auf dieser Tagung im Vordergrund standen, helfen kaum weiter, demokratische Willensbildungsprozesse zu rationalisieren, so interessant einzelne Fallstudien auch sein mögen. Wichtiger wäre es, das methodische Instrumentarium der Sozialwissen-

schaften der verschiedenen Disziplinen so weiter zu entwickeln, daß sich Prognosen über die Auswirkungen verschiedener politischer Entscheidungsalternativen darauf aufbauen ließen. Besonders geeignet sind hierfür die Vorstellungen, die Downs entwickelt hat, aber auch die Ansätze der Systemanalyse und der Diffusionsforschung. Die weit entwickelte theoretische und empirische Durchdringung von Entscheidungsprozessen im kommunalen Bereich könnte uns eine Richtung zeigen, in der auch wir weiterarbeiten müßten.

Kurz noch den Hinweis auf einen weiteren Forschungsschwerpunkt! Willcox und Hathaway haben in der Studie "Goals and Values" für die amerikanischen Verhältnisse festgestellt, daß der Dissens über Alternativen in der Agrarpolitik weniger auf unterschiedliche Zielvorstellungen, sondern mehr auf die unterschiedliche Bewertung von bestehenden politischen Maßnahmen und von alternativen Maßnahmenvorschlägen zurückzuführen sei. Mir scheint, daß die sozialökonomischen Auswirkungen alternativer agrarpolitischer Maßnahmen viel stärker erforscht werden müßten, um die möglichen Konflikte der am agrarpolitischen Willensbildungsprozeß beteiligten Gruppen von vornherein auf eine solidere Basis zurückzuführen.

R. Schnieders, Bonn:

Für die Rationalisierung der Willensbildung, für eine stärkere Einflußnahme der Wissenschaft auf die Willensbildung ist entscheidend, daß klar herausgearbeitet wird, was und wo wirklich Sachzwänge sind. Denn die Schwierigkeiten entstehen doch insofern, als von der Wissenschaft festgestellte oder behauptete Sachzwänge von den Interessentengruppen und den am politischen Willensbildungsprozeß Beteiligten nicht ohne weiteres als Sachzwänge akzeptiert werden.

F. Gerl, Bonn:

Auf unserer diesjährigen Tagung hat sich gezeigt, daß wir über die politisch-soziologische Komponente der Agrarpolitik sehr viel weniger als über die ökonomische wissen. Daraus ergibt sich, daß wir in diesem Bereich zukünftig mehr tun müssen. Denn wegen dieser Unkenntnis ist es schwierig, bessere, rationale Ideen in der Agrarpolitik durchzusetzen. In den Kreisen der Betroffenen, also in der Landwirtschaft, bestehen noch Ideologien, Wert- oder Interessenvorstellungen, die unter den heutigen Voraussetzungen überholt sind, und die ein außerordentliches Hindernis für eine rationale Agrarpolitik bilden, auch wenn bei den Politikern oder in der Exekutive diese Standpunkte längst überwunden sind. Deshalb sollte sich die Wissenschaft mehr Mühe geben, auf die Landwirte, aber auch auf die breite Öffentlichkeit einzuwirken, nämlich mit allgemein verständlicher Information, mit allgemein verständlicher Mittelkritik, Zielkritik und Ideologiekritik, die Haltung der Betroffenen zu ändern. Ich will ein Beispiel nennen: Wenn seinerzeit das Professoren-Gutachten unter der Überschrift lanciert oder verbreitet worden wäre "Professoren fordern für Bauern 2 Milliarden Entschädigung", dann wäre das Gutachten unter einem völlig anderen Akzent in die Öffentlichkeit gelangt. Statt dessen ist herausgekommen, was nur als negativ empfunden worden ist. Adressaten unserer Information und Kritik sind aber auch die für die Agrarpolitik verantwortlichen Träger. Und da möchte ich an das erinnern, was Herr Kötter gestern sagte. Wir müssen damit rechnen, daß sich in Zukunft unter dem Eindruck der privaten Überschußgesellschaft und der öffentlichen Mangelgesellschaft in absehbarer Zeit Änderungen

im System unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ziele ergeben werden. Deshalb sollten wir uns bemühen, vorauszudenken, welche Konsequenzen sich daraus für unsere Landwirtschaft und auch für die Agrarpolitik ergeben werden. Sonst wird es im wesentlichen bei einer reaktiven Agrarpolitik bleiben, d.h. einer Agrarpolitik, deren Ergebnisse jeweils schon überholt sind.

W. Zohlnhöfer, Freiburg:

Ich möchte Herrn Wehland widersprechen. Fallstudien, Deskription, empirische Untersuchungen sind nötig, damit wir die Voraussetzungen erkennen, unter denen agrarpolitische Entscheidungen entstehen. Wenn der Entscheidungsspielraum, der auch durch politische Restriktionen begrenzt ist, erweitert werden soll, dann brauchen wir auf der Basis dessen, was u.a. auf dieser Tagung dargelegt worden ist, eine Art Entscheidungstheorie staatlicher Wirtschaftspolitik unter den Bedingungen der parlamentarischen Demokratie, und zwar im Sinne offener Entscheidungsmodelle. Nur auf solcher Basis können wir angeben, welche strukturellen Veränderungen geeignet sind, dem Willensbildungsprozeß einen weiteren Rahmen zu geben, den Spielraum für sozialtechnologisch mögliche Alternativen zu öffnen. Ich möchte das an einem Beispiel zeigen. Nehmen wir die Situation der agrarpolitischen Willensbildung in den Parteien. Die Opposition hat in der Regel keine Alternative zur Agrarpolitik entwickelt. Herr Gerl hat dies mit der Grenzsituation, mit der Zünglein-an-der-Waage-Situation der landwirtschaftlichen Wähler erklärt. Das ist sicherlich richtig. In dieser Situation kann, wenn eine bestimmte Bedingung hinzutritt, die Opposition zwei Möglichkeiten eines Gegenprogramms nicht nutzen. Diese sind: a) Sie könnte eine für den Bauern noch günstigere Alternative entwickeln. Das ist unmöglich, wenn sich die Bauern relativ stark mit einer Partei identifizieren. b) Sie könnte, wenn sie kaum Bauernstimmen hinzugewinnen kann, Konsumentenstimmen zu erzielen trachten. Warum hat sie das nicht getan? Das ließe sich mit der Apathie der breiten Bevölkerungsschichten, der Konsumenten erklären. Außerdem besteht noch eine Bedingung, die das Zusammenschieben der Alternativen bewirkt, nämlich die relativ hohe Tendenz zum Radikalismus in der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Auch hier wird wieder deutlich, daß es zwischen den Parteien nicht nur konkurrierende, sondern auch gemeinsame Interessen gibt. Das entspricht der Oligopolsituation, in der sie sich befinden.

Welche Konsequenzen sind daraus für das Selbstverständnis der Wissenschaft als eines Trägers der Willensbildung zu ziehen? Angesichts der skizzierten Situation und dieser Ansätze einer Entscheidungstheorie wird deutlich, daß die Frage, wie die Wissenschaft die Politik beeinflussen kann, sich nicht generell beantworten läßt. Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Die eine ist, Grundlagewissen zu erarbeiten, was sozialtechnologische Möglichkeiten aufzeigt. Die zweite ist die Entwicklung von Konzeptionen. Von ihnen darf allerdings nicht erwartet werden, daß sie sofort realisiert werden. Denn in der Politik müssen auch andere Werte als die in der Konzeption angesprochenen verwirklicht werden. Die zwangsläufig daraus resultierende Frustation der Wissenschaft läßt diese Möglichkeit zweifelhaft erscheinen. Die dritte Möglichkeit ist die, tatsächlich praktikable "Produkte" (im Sinne der technologischen Sprache etwa "marktreife Produkte") zu entwickeln. Dann freilich begibt sich der Wissenschaftler in die Gefahr, seine wissenschaftliche Unabhängigkeit zu verlieren. Deshalb muß es seine persönliche Entscheidung sein, ob er in diese dritte Phase einsteigt oder nicht.

H.-G. Schlotter, Göttingen:

Als Abschluß erwarten Sie vielleicht von mir als dem Leiter sowohl der Generaldiskussion als auch der Tagung eine Zusammenfassung der Ergebnisse. Das scheint mir jedoch weniger wichtig zu sein als eine ins Praktische mündende Bemerkung:

Daß diese Tagung kein total ausgefülltes Mosaik der agrarpolitischen Willensbildung gezeigt hat, ja noch weniger: nicht einmal ein erprobtes Instrumentarium zur Analyse der agrarpolitischen Willensbildung anbieten konnte, das wußten wir im vorhinein. Die Tagung sollte nur als erster wissenschaftlicher Impuls verstanden werden. Diese Aufgabe hat sie erfüllt, wofür besonders den Referenten, aber auch den Diskussionsrednern und den Diskussionsleitern Dank gebührt. Wir müssen jedoch dafür sorgen, daß diese Impulse nachhaltig wirken. Angesichts der Vielfalt und Komplexität der Fragestellungen einerseits und andererseits der geringen Zahl von Sozialwissenschaftlern, die sich diesem Gegenstand zuwenden können, ist eine ebenso weitgreifende wie gründliche wissenschaftliche Klärung der hier aufgeworfenen Probleme nur bei guter Koordination und Kooperation zu erreichen. Die Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues kann solche Kontakte fördern, indem sie der Zusammenarbeit einen organisatorischen Rahmen gewährt. Entscheidend aber ist die Initiative, der Wille und die Fähigkeit, diesen Rahmen zu füllen. Daher möchte ich an diejenigen, die sich auch in Zukunft mit der agrarpolitischen Willensbildung wissenschaftlich beschäftigen werden, die dringende Mahnung richten, die gebotenen Möglichkeiten zu nutzen.